

NRW-Integrationsräte fordern Beauftragten für den Islam

Pressemitteilung des Landesintegrationsrates NRW vom 22. August 2020

In ihrer letzten Mitgliederversammlung vor den Integrationsrats- und Kommunalwahlen am 13. September fordern die Delegierten der 107 Integrationsräte in Nordrhein-Westfalen mit zwei Resolutionen Beauftragte für den Islam auf Bundes- und Landesebene.

Tayfun Kelttek, Vorsitzender des Landesintegrationsrates NRW: „Menschen aus muslimisch geprägten Ländern machen einen bedeutsamen Teil der religiösen Vielfalt in unserem Land aus. Ihr ehrenamtliches Engagement in religiösen Vereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen ist inzwischen für das gegenseitige religiöse Verständnis und konfliktfreie Zusammenleben besonders unverzichtbar. Darüber hinaus sorgen sie für ein umfangreiches Bildungs-, Betreuungs- und Freizeitangebot. In Deutschland gibt es 38 Beauftragte der Bundesregierung bzw. neun Beauftragte der Landesregierung für verschiedene Gruppen und Themen. Es ist längst an der Zeit, dass für Menschen muslimischen Glaubens einen Ansprechpartner benannt wird.“

Der Bundestagsabgeordnete und ehemalige Vorsitzende des Integrationsrates der Stadt Wuppertal Helge Lindh ging in seiner Rede auf den antiislamischen Rassismus und Hass in unserer Gesellschaft ein und sieht das Emporkommen rechter Parteien wie die AfD als Ergebnis der destruktiven Diskussionen über die Menschen aus muslimisch geprägten Ländern in den letzten Jahrzehnten, die Islamophobie Vorschub geleistet haben: „Wir müssen uns in diesem Land darum kümmern, dass sich ausnahmslos alle Menschen sicher fühlen können. Wir müssen aufhören, die Musliminnen und Muslimen in unserem Land zu bevormunden, indem wir ihnen erklären, was moderner Islam sei. Stattdessen müssen wir endlich die Hintergründe der terroristischen Neonazi-Morde um den NSU, den sogenannte Nationalsozialistische Untergrund (NSU), aufklären. Wir müssen ergründen, welche Auswirkungen struktureller Rassismus auf das Zusammenleben in unserem Land hat – was es zum Beispiel für eine Frau mit Kopftuch bedeutet, Arbeit in einem Krankenhaus oder im Management zu finden.“

In Deutschland leben etwa 4,4 bis 4,7 Millionen Menschen aus muslimisch geprägten Ländern. Damit ist der Islam nach dem Christentum die zweitgrößte religiöse Gruppe in Deutschland.

Anlagen:

- Resolution der Mitgliederversammlung zur Benennung einer/ eines Beauftragten für den Islam
- Resolution der Mitgliederversammlung zur Benennung einer/eines Landesbeauftragten für den Islam